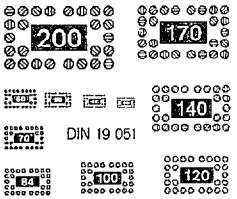


ENTWURF

DES LANDESVERBANDES BERLIN DER SPD ZUM

# DORTMUNDER AKTIONSPROGRAMM

Berlin im September 1952

*Der Landesausschuß Berlin der SPD legt den Delegierten des Parteitages einen Entwurf für das Dortmunder Aktionsprogramm vor. Der Bonner Entwurf wurde zugrunde gelegt und die Abänderungsvorschläge der Bezirksverbände weitgehend berücksichtigt. Der Landesausschuß Berlin hat aus arbeitstechnischen Gründen eine neue Zusammenfassung gebracht und, um die Diskussion zu erleichtern, alle Absätze fortlaufend numeriert.*

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek
A 84-3547

1. In der deutschen Sozialdemokratie lebt die Erkenntnis Leon Blums: „Es gibt kein freies Proletariat in einem geknechteten Volk. Es gibt keine freien Menschen, wenn nicht alle Menschen frei sind, und es gibt kein freies Vaterland, wenn nicht alle Vaterländer frei sind."

2. Die Demokratie ist die politische, menschliche und nationale Chance für das deutsche Volk; sie allein bietet Gewähr für die Erhaltung des Friedens in der Welt. Das deutsche Volk für die Sache der Demokratie zu gewinnen, ist darum für die Sozialdemokratische Partei die erste Aufgabe. Die Politik der deutschen Demokratie darf jedoch nicht eine Funktion der Besatzungsmächte sein.

3. Unter allen Umständen wird die Sozialdemokratische Partei einen Staat der Restaurierung verhindern. Sie will ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich mitzubestimmen haben.

4. Auf der Leistungskraft seiner Menschen beruht die Zukunft des deutschen Volkes. Zweimal in einer Generation wurde diese Leistungskraft durch nationalistischen Größenwahn mißbraucht. Zweimal mußte die deutsche Arbeiterschaft die Trümmerberge wegraumen. Die Sicherheit vor einem dritten Mißbrauch bietet nur ein Staat des demokratischen Sozialismus. In ihm ist die beste Gewähr für eine Politik der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern gegeben.

5. Die Sozialdemokratische Partei kämpft für die Gemeinschaft des deutschen Volkes in einem einheitlichen Staat, zu dem auch die sowjetische Besatzungszone und das Saargebiet gehören.

6. Die politische Gestaltung Deutschlands nach 1945 hat nur provisorischen Charakter. Die endgültige Form kann nur von der Gesamtheit des wiedervereinigten deutschen Volkes bestimmt werden.

7. Die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetisch besetzten Zone ist keine Sozialisierung, sondern Staatskapitalismus. Die Sozialdemokratische Partei bekämpft dieses System der Unfreiheit und Ausbeutung. Sie wird jedoch eine schematische Reprivatisierung des Großbesitzes nicht zulassen.

8. Todfeind der Demokratie ist der Totalitarismus. Nur ein Volk, das von staatsbürgerlichem Bewußtsein und sozialer Gerechtigkeit erfüllt ist, kann die totalitären Tendenzen erfolgreich abwehren. Der vom Großbesitz und seinen Mitläufern geführte Klassenkampf von oben zerstört alle Ansätze zur Gemeinschaftsbildung und versperrt den Weg zur Freiheit des Staatsbürgers und der Nation.

9. Als Partei der internationalen demokratischen Sozialisten tritt die Sozialdemokratische Partei für die Zusammenarbeit tatsächlich gleichberechtigter Völker ein. Sie bekennt sich wie immer, so auch heute, zu dieser Internationalität. Das deutsche Volk muß, fern von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit, ein echtes nationales Selbstbewußtsein gewinnen.

## Außenpolitik

10. Der demokratische Sozialismus sieht in der Bewahrung des Weltfriedens die brennendste Aufgabe unserer Zeit. Im Staat des demokratischen Sozialismus ist die beste Voraussetzung für eine bewährbare und erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen Völkern.

11. Die SPD erstrebt eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker. Sie setzt sich für den Abbau des Systems uneingeschränkter nationaler Souveränität ein. Das außenpolitische Vertragssystem der gegenwärtigen Bundesregierung (Schuman-Plan, Generalvertrag und Eintritt in die EVG) erschwert die Wiedervereinigung Deutschlands und führt nicht zu Europa. Die SPD wird für die Revision des Schuman-Planes kämpfen; die Ratifizierung des Generalvertrages und des Vertrages zur EVG wird sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

12. Vordringlichste Aufgabe deutscher Außenpolitik bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie ist nur möglich durch freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin. Die SPD kämpft für das Zustandekommen dieser Wahlen. Nur eine aus freien Wahlen hervorgegangene unabhängige Regierung kann als gleichberechtigter Partner Deutschland in Verhandlungen über einen Friedensvertrag wirksam vertreten; denn in ihm muß über die künftigen Grenzen Deutschlands, über das Saargebiet und die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie entschieden werden.

13. Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit ist bei allen außenpolitischen Verhandlungen die politische und staatsrechtliche Stellung Berlins zu stärken.

14. Der Gefahren sowjetischer Expansionspolitik ist sich die SPD bewußt, aber die Freiheit der Völker kann nicht nur durch Divisionen geschützt werden. Der wichtigste Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Kalten Krieg ist die Festigung der demokratischen Gemeinschaft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit.

15. Ein Staat, in dem die demokratischen Grundrechte verwirklicht werden und eine Politik sozialer Sicherheit durchgeführt wird, muß auch bereit sein, seine Freiheit mit militärischen Mitteln zu verteidigen.

16. Politische Gefangene und Soldaten des zweiten Weltkrieges dürfen nicht länger als Geiseln oder Faustpfand gefangengehalten werden. Die von Militärgerichten gefällten Urteile sind unter maßgebender Teilnahme Neutraler zu überprüfen. Die SPD fordert die Heimführung des letzten Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Aufklärung des Schicksals aller Vermißten und Verschollenen.

## Innenpolitik

17. Die SPD erstrebt mit demokratischen Mitteln eine neue Gesellschaft in Freiheit. Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit, religiöse und politische Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Ordnung.

18. Der im Grundgesetz verbrieften Zusicherung, wonach niemand seiner religiösen Überzeugung und Betätigung wegen Nachteile oder Vorteile erfahren darf, wird die SPD unter allen Umständen Geltung verschaffen.



## Die gesamtdeutsche Republik

19. Die wiedervereinigte gesamtdeutsche Republik muß ein Bundesstaat mit einheitlicher Regierungsgewalt sein, der sich auf bestmöglich [illegible] stützt.

20. Das Wahlrecht soll den politischen Willen des Volkes möglichst unverfälscht zum Ausdruck bringen, gleichzeitig aber der Parteienzersplitterung entgegenwirken, um die Bildung stabiler Regierungen zu erleichtern. Im allgemeinen entspricht das geltende Bundeswahlrecht diesen Zielen. Die Verbindung zwischen Wahlen und Gewählten muß jedoch noch enger werden.

21. Die beschleunigte Wiedergutmachung des vom Nationalsozialismus begangenen Unrechts ist eine der grundlegenden Voraussetzungen der demokratischen Erneuerung. Die Zersplitterung der Wiedergutmachungsmaßnahmen muß durch ein Bundes-Wiedergutmachungsgesetz beseitigt werden. Unbillige Härten, die sich aus der schematischen Restitutionsgesetzgebung der Alliierten ergeben haben, hat der Staat auszugleichen. Die von den Nationalsozialisten gemaßregelten Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind bevorzugt wiedereinzustellen.

## Berlin wieder Hauptstadt

22. Berlin muß wieder die Hauptstadt Deutschlands werden. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Berlin der umkämpfte Vorposten der Demokratie. Die Sicherung seiner Freiheit und der Aufbau seiner Wirtschaft sind eine gesamtdeutsche Verpflichtung.

23. Schon jetzt sind die baulichen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen zu schaffen, damit Berlin jederzeit die Funktion als Hauptstadt erfüllen kann.

24. Aus Gründen der Außenpolitik ist Berlin leider noch nicht voll in die Bundesrepublik eingegliedert. Bundesrecht muß jedoch in Berlin ebenso gelten wie in jedem anderen Land. Die Berliner Abgeordneten zum Bundestag müssen direkt gewählt werden und volles Stimmrecht erhalten. Soweit durch die Angleichung an das Finanz- und Rechtssystem des Bundes soziale Errungenschaften und fortschrittliche Regelungen in Berlin abgebaut werden müßten, wird ein Ausgleich bei der von der SPD erstrebten Neugestaltung der gesamten Bundespolitik geschaffen werden.

25. Berlin kann seine gesamtdeutsche Aufgabe nur erfüllen, wenn es seinen Menschen Arbeit und soziale Sicherung zu geben vermag. Um die Massenarbeitslosigkeit im Notstandsgebiet Berlin zu überwinden, sind die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten auszunutzen, neue Industrien zu schaffen und der soziale Wohnungsbau zu fördern.

26. Bei der Auftragserteilung des Bundes, der Länder und Gemeinden muß Berlin mehr als bisher berücksichtigt werden. Auch die private Wirtschaft ist anzuhalten, ihre Pflicht gegenüber Berlin zu erfüllen. Am Außenhandel und Interzonenhandel ist Berlin stärkstens zu beteiligen.

27. Mehr als bisher müssen Bundesbehörden nach Berlin verlegt werden. Die Sorge des Bundes hat auch der Bevölkerung des Berliner Ostsektors zu gelten. Auf kulturellem Gebiet muß alles gefördert werden, was den geistigen Zusammenhalt mit der Bevölkerung in der Sowjetzone erhält.

28. Nach Sperrung der Zonengrenze ist Berlin der einzige Zufluchtsort der gefährdeten Menschen aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Darum muß Berlin als Auffangs- und Durchgangslager die volle Unterstützung der Bundesländer haben.

## Freie Gemeinden

29. Freie Gemeinden sind das Fundament des demokratischen Staates. Die Wiederherstellung ihrer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Lebensfähigkeit ermöglicht echte Selbstverwaltung.

30. Deshalb will die SPD
    a) im Grundgesetz den Zuständigkeitsbereich der kommunalen Selbstverwaltung erweitern;
    b) Auftragsangelegenheiten stärker als bisher auf die Gemeinden und Gemeindeverbände verlagern;
    c) die Gemeindedemokratie durch stärkere Heranziehung ehrenamtlicher Kräfte ausbauen;
    d) die Existenz steuerschwacher Gemeinden durch einen wirksamen Finanzausgleich sicherstellen;
    e) die kommunale Wirtschaft, vor allem Verkehrs- und Versorgungsbetriebe stärken und alle Versuche abwehren, sie in Privatbesitz zu überführen.

## Der öffentliche Dienst

31. Die SPD erstrebt eine Verwaltungsreform mit dem Ziel einer unbürokratischen lebensnahen Verwaltung. Alle Staatsbürger müssen gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten haben.

32. Als Repräsentanten des Staates sind die Beamten in erster Linie Diener des Volkes; daher müssen sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes zur Demokratie bekennen und zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten bereit sein, das gilt insbesondere für alle Angehörigen der Polizei und polizeiähnlichen Verbände.

33. Die Justiz darf nicht wieder zu einem Hort antidemokratischer Kräfte werden. Bei der Rechtsprechung haben Laien stärker als bisher mitzuwirken.

34. Den Angehörigen des öffentlichen Dienstes muß das Recht auf politische Betätigung, auf Koalitionsfreiheit und auf Mitbestimmung zustehen.

35. Die SPD wird eine neue Besoldungsordnung schaffen, die sowohl auf Leistungs- als auch auf sozialen Ausgleich aufgebaut ist. Dadurch werden auch die jungen Beamten, früher als bisher, die finanzielle Möglichkeit zur Familiengründung erhalten.

## Mitbestimmung in der Wirtschaft

36. Das Wesen des demokratischen Staates beruht auf den gleichen politischen Rechten und Pflichten seiner Bürger.

37. Die Demokratie ist unvollständig, solange im gegenwärtigen Wirtschaftssystem die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierbare Alleinherrschaft ausüben. Eine demokratische Wirtschaftsordnung erfordert die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht nur in sozialen und personellen, sondern auch in wirtschaftlichen Fragen.

38. Die SPD unterstützt daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassungen alle Arbeitnehmer vereinigt.



39. Um zu vermeiden, daß durch Betriebsegoismus Interessen der Allgemeinheit verletzt werden, müssen auch nicht zum Betrieb gehörige Vertreter der Arbeitnehmerschaft in die Aufsichtsorgane entsandt werden. Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ist kein Ersatz für Mitbestimmung.

40. Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, daß sie in Gemeineigentum übergehen; entscheidend ist ihre Betriebsverfassung. Die SPD fordert daher auch für alle Betriebe der öffentlichen Hand eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer, wobei die Rechte der politischen Kontrollinstanzen gewahrt werden müssen.

41. Ein wesentlicher Faktor der Wirtschaftsdemokratie ist die überbetriebliche Mitbestimmung.

42. Die Arbeitnehmer müssen in allen Kammern mindestens die Hälfte der Sitze innehaben.

43. Die Spitze der überbetrieblichen Mitbestimmung bildet ein Bundeswirtschaftsrat. Er hat Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat zu beraten.

# Jugend — Familie — Erziehung

44. Das kostbarste Gut des Volkes ist seine Jugend.
Ihre Erziehung zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern mit europäischer Gesinnung und sozialem Gewissen sichert die Zukunft unseres Volkes.

## Das Recht der Jugend

45. Die Verwirklichung der Ziele sozialdemokratischer Politik wird der jungen Generation den Weg zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der demokratischen Gemeinschaft öffnen.

46. Eine Politik der Vollbeschäftigung beseitigt auch die Jugendarbeitslosigkeit. Darüber hinaus fordert die SPD, als Partei der Jugend:
    a) Sorgfältige und zweckmäßige Auslese für die einzelnen Berufe.
    b) Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses durch neuzuschaffende Lehrstellen in der öffentlichen und privaten Wirtschaft.
    c) Erschließung von Lehr- und Arbeitsstellen der weiblichen Jugend in allen für sie geeigneten Berufen.
    d) Einbeziehung der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung und der Arbeiter unter 20 Jahren in den gesetzlichen Kündigungsschutz.
    e) Bereitstellung ausreichender Mittel für die geistigen und kulturellen Bedürfnisse der Jugend,
    wie für Jugendverbände, internationalen Jugendaustausch, Jugendheime, Jugenderholungslager, Jugendwandern, Jugendherbergen, Jugendbüchereien und Sport.
    f) Ausbau von Jugendfürsorge und Jugendpflege.

## Frau und Familie

47. Die SPD tritt für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Frau ein.
Deshalb fordert die SPD:
    a) eine Reform des Familienrechts;
    b) das Recht der Frau auf einen Arbeitsplatz und Zugang zu allen für sie geeigneten Berufen;

c) gleichen Lohn für gleiche Leistung,
d) gleiche Aufstiegsmöglichkeiten, auch in leitende Stellen;
e) Ausbau der Gewerbeaufsicht, an der Frauen mit Betriebserfahrung beteiligt sind;
f) weiteren Ausbau des Arbeitsschutzes für die Frau;
g) Mutterschutz für alle berufstätigen Frauen;
h) staatliche Kinderbeihilfen, damit keine Mutter aus wirtschaftlicher Not gezwungen ist, einem Erwerb nachzugehen;
i) Anerkennung der Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit in der Familien- und Sozialgesetzgebung;
k) öffentliche Erziehungs- und Eheberatungsstellen;
l) Ausbau von Kindergärten, Kinder- und Müttererholungsheimen;
m) Wohnungen für Alleinstehende.

### Die demokratische Schule

48. Die Erziehung zur demokratischen Rechtsauffassung beginnt in der Schule.

49. Darum will die SPD:
a) eine Schule, in der die Jugend ohne Unterschied der Konfession, des Geschlechts, der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Eltern gemeinsam im Geiste der Menschenrechte zum kritischen Denken und verantwortungsbewußten Handeln, zu gegenseitiger Toleranz und menschlicher Solidarität erzogen wird;
b) eine Schule, die jedem Kind eine seiner Begabung entsprechende Bildung vermittelt;
c) der Zersplitterung des Schulwesens im Interesse der Kinder entgegenwirken;
d) das in einigen Ländern bereits bewährte neunte Schuljahr für das ganze Bundesgebiet.

50. Der Religionsunterricht muß Sache der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sein, die ihn mit Unterstützung des Staates in eigener Verantwortung durchführen.

51. Die Eltern haben das Recht, über die religiöse Erziehung ihrer Kinder frei zu bestimmen.

52. Die SPD fordert allgemeine Schuldgeld- und Lernmittelfreiheit und die Gewährung von Erziehungsbeihilfen für die über das achte Schuljahr hinausgehende Schulzeit.

53. Die Klassenstärke soll 35 Schüler nicht übersteigen, deshalb sind mehr Planstellen zu schaffen.

54. Durch bessere Besoldung, besonders der Junglehrer, ist dem Lehrermangel abzuhelfen.

55. Nur Lehrer, die auf Grund innerer Überzeugung die Demokratie bejahen, dürfen unsere Jugend erziehen.

56. Die SPD lehnt es ab, private Schulen aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen.

57. Im Interesse des pädagogischen Fortschritts sind Versuchsschulen, Landerziehungsheime, Schullandheime und ähnliche Einrichtungen zu fördern.

58. Eine dreijährige Berufsschule soll das Fachwissen vertiefen, die Allgemeinbildung erweitern und zur sozialen Verantwortung erziehen.

59. Die Schülermitverwaltung und die Zusammenarbeit mit den Eltern ist in allen Schulen zu fördern.



## Kulturpolitik

60. Der demokratische Sozialismus kämpft für die Befreiung der Menschen von jeder Furcht und Sorge, die mit politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit verbunden ist.

61. Mit dieser Befreiung wird die Bahn geöffnet für die geistige Entfaltung der Menschen zu verantwortungsbewußten und der kulturellen Entwicklung aufgeschlossenen Persönlichkeiten.

62. Der demokratische Sozialismus ist eine mächtige Triebkraft dieser kulturellen Entwicklung.

*

63. Die SPD kämpft für die Freiheit der Forschung und Lehre.

64. Der Zugang zu den Universitäten und Hochschulen muß auch denen offenstehen, die nicht die Möglichkeit hatten, eine Höhere Schule zu besuchen. Deshalb wird die SPD das Begabten-Abitur wiedereinführen.

65. Den besonders befähigten Studenten ist durch ausreichende Stipendien ein ernstes Studium zu ermöglichen. In Forschung und Lehre müssen sich die Universitäten neben abstrakten Untersuchungen besonders auch den großen Fragen der Gegenwart widmen und in allen Zweigen eine wirklichkeitsnahe Wissenschaft entwickeln.

66. Um eine einseitige Entwicklung der technischen Forschung zu verhüten, muß aus Mitteln der Wirtschaft ein Forschungsfonds geschaffen werden. Über seine Verwendung soll ein Gremium von Vertretern der Forschung, der Industrie, der Gewerkschaften und des Staates entscheiden.

67. Zu Hochschullehrern dürfen nur Persönlichkeiten berufen werden, die die Demokratie vorbehaltlos bejahen und die Wissenschaft nicht für undemokratische Zwecke mißbrauchen.

68. Die Erwachsenenbildung muß mit allen Mitteln gefördert werden. Durch Volkshochschulen, Volksbüchereien, insbesondere Jugendbüchereien, ist das Bildungsniveau zu heben.

69. Der Staat muß zeitnahe Kunstrichtungen fördern. Herstellung und Vertrieb von Schund- und Schmutzliteratur ist durch wirtschaftliche Sanktionen zu unterbinden.

70. Alle Bestrebungen zur Verbesserung des Publikumsgeschmacks in Kunst und Literatur, Theater und Film sind zu fördern.

71. Die Presse ist vor jedem Eingriff staatlicher und anderer öffentlicher Organe zu schützen. Sie muß jederzeit den Nachweis dafür liefern, daß keine undemokratischen Kräfte die Verfügungsgewalt über sie haben.

## Wirtschaftspolitik

### Planung und Freiheit

72. Nach dem Zusammenbruch hat das deutsche Volk in bewundernswerter Leistung die Grundlagen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gelegt. Geldreform und Marshall-Plan haben den weiteren Aufbau maßgeblich gefördert.

73. Aber der verhängnisvolle liberale Kurs hat dazu geführt, daß ein großer Teil des deutschen Volkes von den Ergebnissen dieser Leistung ausgeschlossen blieb.

Archiv der sozialen Demokratie
Bibliothek
9

74. Noch immer erleidet eine erschreckend große Zahl von Menschen das Los der Dauerarbeitslosigkeit und damit der seelischen Zermürbung. Millionen von Rentnern und Unterstützungsempfängern leben weit unterhalb eines menschenwürdigen Existenzminimums. Gleichzeitig wurden neue Millionenvermögen angehäuft; auf zerrende Luxus- und tiefstes Elend stehen einander schroff gegenüber. Die Politik der sogenannten „sozialen" Marktwirtschaft ist nichts anderes als eine unsoziale Restaurationspolitik.

75. Die SPD erstrebt

a) eine Erhöhung des Lebensstandards durch Produktionssteigerung,

b) eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes,

c) die Stabilisierung der Wirtschaft durch Vollbeschäftigung,

d) die Beseitigung des Machtmißbrauchs des Großbesitzes im Interesse der arbeitenden Menschen und der Klein- und Mittelbetriebe.

76. Folgende Maßnahmen wird die SPD durchführen:

## Produktionssteigerung

Rationeller und kostensenkender Ausbau der bisher vernachlässigten Grundstoffindustrien, vor allem Kohle, Eisen, Erdöl und der Energiewirtschaft.

77. Ausweitung des sozialen Wohnungsbaues.

78. Volle Ausnutzung der Kapazitäten der Verbrauchsgüterindustrien und Verbilligung der Massenkonsumgüter. Dazu ist notwendig, das Anlagekapital planmäßig und durch Einschaltung einer lückenlosen Kreditkontrolle in die volkswirtschaftlich vordringlichen Wirtschaftszweige zu lenken.

79. Eine staatlich geförderte moderne Technisierung und Rationalisierung soll zur Kostensenkung und Produktionssteigerung beitragen. Eigenbrötelei darf eine rationelle Wirtschaftsgestaltung nicht hemmen.

80. Zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung der Ernährungsgrundlage unseres Volkes ist der Außenhandel durch internationale Vereinbarungen zu fördern. Ein gegenseitiger Abbau der Handelsschranken ist planmäßig zu entwickeln. Der illegale Osthandel ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

## Einkommensverteilung

81. Das gesteigerte Sozialprodukt muß gerecht verteilt werden. Zu diesem Ziel führen hohe Reallöhne und sozial gerechte Steuern.

82. Ständige Preiskontrolle muß Wucherpreise verhindern. Insbesondere bei Massenbedarfsartikeln ist der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher zu verkürzen. Überhöhte Preise, vor allem der Nahrungsmittel, müssen durch Lenkung der Einfuhren korrigiert werden. Produktions-, Einkaufs- und Verbrauchergenossenschaften sind zu fördern, da sie die Monopolpreisbildung unterbinden und preisregulierend wirken. Als gemeinnützige Einrichtungen dienen sie der Selbsthilfe der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Einzelhändler und Handwerker.

## 400 000 Wohnungen

83. Ein beachtliches Wohnungsbauprogramm ist durch sozialdemokratische Initiative auf Grund staatlicher Planung bereits angelaufen. Aber immer noch wird ein bedeutender Teil der Baumittel für prunkvolle Geschäfts- und Luxusbauten verwendet.



84. Die SPD wird jährlich 400 000 Wohnungen bauen. Darüber hinaus wird der soziale Wohnungsbau sein.

85. Einheitliche Richtlinien für den Wohnungsbau in Bund, Ländern und Gemeinden sind festzulegen. Auch auf technischem Gebiet ist die Planlosigkeit der heutigen Bauwirtschaft durch Festsetzung zweckmäßiger Baunormen für das ganze Bundesgebiet ein Ende zu bereiten. Alle diese Maßnahmen führen zu einer Senkung der Baukosten und wirken einer drohenden Mietpreiserhöhung entgegen.

## Vollbeschäftigung

86. Die Politik der Produktionssteigerung verlangt die Eingliederung brachliegender Arbeitskräfte. Dazu ist ein sorgfältig vorbereitender volkswirtschaftlicher Gesamthaushalt notwendig. Die Vollbeschäftigung hilft Millionenbeträge für Unterstützungen sparen.

87. Die zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktprogramme sind soweit wie möglich zusammenzufassen, um Verwaltungskosten zu sparen.

88. Bis in die jüngste Gegenwart hat sich der Prozeß einer monopolistischen Ballung des Kapitals fortgesetzt. Er führt zu einem ständigen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu Lasten der arbeitenden Menschen sowie der Klein- und Mittelbetriebe.

89. Derartige wirtschaftliche Machtanhäufungen, die den Wettbewerb ausschalten und durch Preisabrede die Erzeugnisse ungerechtfertigt verteuern, sind zu zerschlagen.

90. Dagegen ist es notwendig, Konzentrationsformen, welche die Produktion steigern und verbilligen, zu fördern; sie bedürfen jedoch strenger demokratischer Kontrolle.

## Sozialisierung

91. Bodenschätze gehören dem ganzen Volke. Die wichtigsten Grundstoffindustrien sind deshalb in Gemeineigentum zu überführen: Kohle und Stahl, Schwerchemie und Energie.

92. Nur so wird verhindert, daß in diesen Industriezweigen private Machtpositionen wirtschaftlich gegenüber schwächeren Konkurrenten und politisch gegenüber dem demokratischen Staat mißbraucht werden. Erst dann wird es möglich sein, eine gesamtwirtschaftlich richtige Investitionspolitik zu treiben.

93. Die Sozialisierung der Grundstoffindustrien ist um so mehr geboten, als jetzt die westdeutsche Kohle- und Stahlwirtschaft im Schuman-Plan gegenüber den Konkurrenzländern benachteiligt ist.

94. Die SPD erstrebt die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit. Handel, Handwerk, Bauerntum, Klein- und Mittelbetriebe werden selbstverständlich nicht sozialisiert, sondern in ihrer privaten Initiative unterstützt.

95. Der Sozialismus ist das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen, die von dem Ertrag ihrer Arbeit leben. Erst die Überwindung jeder Ausbeutung wird den Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte bringen und ihm die Entfaltung seiner persönlichen Werte im echten Leistungswettbewerb ermöglichen.

## Sozial gerechte Steuern

96. Wirtschafts- und Steuerpolitik sind nicht voneinander zu trennen. Durch seine Steuerpolitik kann der Staat konjunkturelle Schwankungen ausgleichen, eine soziale Wirtschaftspolitik und eine wirksame Kapitallenkung durchsetzen.

97. Eine umfassende Steuerreform ist notwendig. Das jetzige Steuersystem muß verbessert und vereinfacht werden.

98. Die Steuerlast ist von den indirekten Steuern auf direkte und sozial gestaffelte zu verlagern. Die Überwindung der Kriegsfolgen verlangt eine restlose Ausschöpfung der Erbschafts-, Vermögenssteuer sowie Einkommensteuer der höheren Stufen.

99. Im Interesse der Steuergerechtigkeit ist die über Gebühr große Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, besonders der unteren und mittleren Einkommensgruppen, zu mildern.

100. Es ist nicht zu verantworten, eine luxuriöse Lohnsubventionierung und Tausende von Autos über die steuerliche Abschreibung vom Volke bezahlen zu lassen.

101. Die Steuern müssen gerecht festgesetzt, dann aber auch energisch eingetrieben werden. Mit allen Mitteln ist die Steuermoral zu heben. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersvergehen.

102. Durch eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung könnte das Steueraufkommen, ohne Erhöhung der Steuersätze, beträchtlich erhöht werden. Zugleich wird dadurch eine gleichmäßige und gerechte Erhebung der Steuern in allen Ländern der Bundesrepublik gewährleistet. In einer Bundesfinanzverwaltung läßt sich der Grundsatz der Sparsamkeit der Verwaltung leichter verwirklichen.

103. Dadurch wird der Weg zur Steuererleichterung frei. Zunächst will die SPD

a) die Freibeträge für die unteren Gruppen der Lohn- und Einkommenssteuer erhöhen; die dadurch freiwerdenden Finanzbeamten können für eine wirksamere steuerliche Erfassung eingesetzt werden;

b) die getrennte Steuerveranlagung der arbeitenden Ehepartner auf jedes Arbeitseinkommen ausdehnen;

c) die steuerliche Begünstigung des Sparens, volkswirtschaftlich erwünschter Investitionen, insbesondere des Wohnungsbaues, sowie jegliche Vorsorge für das Alter und aller Ausgaben für Berufsausbildung ausbauen.

## Landwirtschaft und Ernährung

104. Die SPD setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die der Landwirtschaft hilft, ihre Leistungen zu erhöhen. Dadurch werden die Ernährung des Volkes verbessert, gesündere soziale Verhältnisse auf dem Lande geschaffen und der Landflucht Einhalt geboten. Bauern und Industriearbeiter sind eine große Interessengemeinschaft. Arbeiternot ist Bauernlod. Steigendes Realeinkommen der städtischen Bevölkerung sichert der bäuerlichen Bevölkerung den Absatz. Eine höhere Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung kommt wiederum dem Markt für Industrieerzeugnisse zugute.

105. Die SPD erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für den bäuerlichen Familienbetrieb an. Ihr Kampf gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern.

106. Deshalb will die SPD:

a) die in den Ländern erlassenen Bodenreformgesetze durch ein Bundesgesetz vereinheitlichen, um die Durchführung der Bodenreform zu beschleunigen.

b) Doppelbesitz aufsiedeln; die von privaten Bodenbesitzern seit mehr als dreißig Jahren verpachteten Nutzflächen und Betriebe in das Eigentum der den Boden bearbeitenden Pächter überführen;

c) weitere Landarbeiterheimstätten als Eigenbesitz oder als Gemeindeeigentum aufbauen.



107. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird die SPD [illegible] greifende Flurbereinigung nach modernen Verfahren durchführen. Die land- und wirtschaftlichen Nutzflächen durch Meliorationen verbessern und die erwerbswirtschaftlichen Betriebe stärker rationalisieren und strukturieren.

108. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Ausbildung und Forschung sind notwendig: Verbesserung des ländlichen Schulwesens. Ordentliche Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung. Ausbau landwirtschaftlicher Berufsschulen. Erhaltung und Förderung des Genossenschaftswesens. Verbund von Forschungs- und Versuchsbetrieben.

109. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine Stabilisierung der Betriebsführung angewiesen. Daraus ergeben sich folgende Einzelforderungen:

a) Regelung der Preise für Getreide, Futtermittel, Zucker, Vieh, Fleisch, Öle und Fette durch staatliche Einfuhr- und Vorratsstellen. Energische Maßnahmen zur Beseitigung volkswirtschaftlich unberechtigter Verarbeitungs- und Handelsspannen.

b) Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher, engste Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften und den Verbrauchergenossenschaften.

## Handel und Handwerk

110. Die SPD schützt das Wirken der selbständigen Persönlichkeit in Handel und Handwerk; Betriebe des Handwerks und der Handel werden unter keinen Umständen sozialisiert.

111. Der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Handwerks wird die SPD durch folgende Maßnahmen gerecht werden:

a) Nur der gesetzlich gesicherte Befähigungsnachweis soll zur Errichtung eines Gewerbebetriebes, zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Führung des Meistertitels berechtigen.

b) Die Selbstverwaltungsorganisationen für Handel und Handwerk müssen öffentlich-rechtlichen Charakter erhalten.

c) Das Handwerk ist bei der Auftragsvergebung der öffentlichen Hand gebührend zu berücksichtigen. Staat und Gemeinden haben die Rechnungen prompt zu begleichen.

d) Die eigenverantwortliche Selbsthilfe des Handwerks ist durch Förderung von Kreditgenossenschaften zu unterstützen. Die Kredite sind gegebenenfalls aus öffentlichen Mitteln zu verbürgen.

# Sozialpolitik

112. Die SPD ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Das erfordert die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die Mitbestimmung des schaffenden Menschen in der Wirtschaft und seine wachsende Beteiligung am Sozialprodukt.

113. Jeder Arbeitsfähige hat die sittliche Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf ausreichende Erwerbstätigkeit. Die Arbeitnehmer und ihre Familien haben bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit einen Rechtsanspruch auf ausreichende Arbeitslosenhilfe.

## Sozialplan

114. Um eine Verbesserung der Sozialleistungen zu erzielen, das unübersichtliche Versicherungssystem zu vereinfachen und den Verwaltungsapparat zu verringern, hat die SPD einen Sozialplan aufgestellt, der aus drei Arbeitsbereichen besteht: Gesundheitsdienst, Arbeitsverwaltung, Rentendienst.

115. Die Durchführung wird bei Selbstverwaltungsorganen liegen, in denen die Betreuten ausschlaggebend vertreten sind.

116. Der Gesundheitsdienst wird die vorbeugende Gesundheitspflege, die ärztliche Hilfe, die Krankenhauspflege, den Mutterschutz und die Bekämpfung der Volkskrankheiten sichern. Jeder Staatsbürger hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit. Die Wiederherstellung der Gesundheit darf sich nicht nach der Höhe des Beitrages richten, sondern ausschließlich nach dem derzeitigen Stand der medizinischen Wissenschaft. Dabei ist die freie medizinische Entscheidung und freie Arztwahl zu gewährleisten. Der Kranke und seine Familie sind während der Gesamtdauer der Krankheit wirtschaftlich zu sichern.

117. Die Arbeit füllt einen wesentlichen Teil im Leben des Menschen aus. Aufgabe der Arbeitsverwaltung muß es daher sein, durch wirksame Arbeitsauslese und sinnvolle Lenkung der Arbeitskräfte jedem Staatsbürger zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen, auf dem er seine Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen kann.

118. Der Rentendienst muß jedem Erwerbsunfähigen eine ausreichende Rente aus einer Hand geben.

119. Die soziale Sicherung muß allen ihres Schutzes Bedürftigen gewährt werden: Lohn- und Gehaltsempfängern, Hausfrauen, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Bauern und Angehörigen freier Berufe.

120. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine gesunde Wohnung zu tragbaren Mietssätzen, insbesondere die immer noch in Massenlagern oder als geduldete Untermieter lebenden Flüchtlinge.

## Ausgleich der Lasten

121. Heimatvertriebene, Fliegergeschädigte, Evakuierte und Flüchtlinge aus der Sowjetzone haben einen Anspruch auf schnelle Hilfe der Gemeinschaft. Die SPD bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen.

122. Darum wird die SPD:

a) die gegenwärtigen Notstände durch innere Umsiedlung beheben, um ein soziales Gleichgewicht und einen gesunden Bevölkerungsausgleich herzustellen;

b) gleiche Startbedingungen für die heimatvertriebene Jugend in der Schule und Berufsausbildung schaffen;

c) den Lastenausgleich verbessern, indem sie die Kosten des gemeinsam verlorenen Krieges den Besitzenden stärker als bisher auferlegt.

d) Darlehensgewährung zum Aufbau einer gesicherten Existenz nicht vom Nachweis früheren Vermögens abhängig machen;

e) die Hausratsentschädigung, die Wiederbeschaffung von Wohnraum und die produktive Eingliederung in Wirtschaft und Gesellschaft vordringlich finanzieren,



123. Die Mittel für diese Entschädigung sind durch eine zielbewußte Vorfinanzierung flüssig zu machen, da nur ein beschleunigter Lastenausgleich Wert für die Geschädigten und für die Volkswirtschaft hat.

124. Die SPD wird mit den Organisationen der Geschädigten freundschaftlich zusammenarbeiten, die sich den sozialen Interessen und der kulturellen Tradition der Heimatvertriebenen widmen.

## Hilfe den Kriegsopfern

125. Die SPD bekennt sich erneut zu der Verpflichtung, den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen der Toten zweier Weltkriege die Hilfe des Staates in großtmöglichem Maße zuteil werden zu lassen.

126. Deshalb wird die SPD

das Bundesversorgungsgesetz sowie die Berufs- und Heilfürsorge ausbauen, die Schwerbeschädigten besser als bisher in die Wirtschaft eingliedern.

* * *

127. Die SPD ruft das deutsche Volk auf, sich für die Verwirklichung der hier niedergelegten Ziele einzusetzen. Von der Zustimmung des Volkes hängt die Verwirklichung dieses Programms ab.

128. In ihrem Kampf läßt sich die SPD von den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus leiten, wie sie in der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt a. M. am 3. Juli 1951 beschlossen wurden.

129. Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.

Druck: Graphische Gesellschaft Grunewald, G.m.b.H., Berlin-Grunewald, Bismarckplatz